

PRESSEINFORMATION

2. Oktober 2025

Verband Region Stuttgart informiert über Herausforderungen und Perspektiven im Bahnverkehr

Stufenweise Inbetriebnahme von Stuttgart 21 ab Dezember 2026 – massive Einschränkungen in den Jahren 2025 bis 2027 unvermeidbar. Verband Region Stuttgart fordert transparente Information.

STUTTGART 02.10.2025: In der gestrigen Sitzung des Verkehrsausschusses des Verbands Region Stuttgart wurde die aktuelle Lage im Schienenverkehr sowie über anstehende Entwicklungen bis zur Inbetriebnahme von Stuttgart 21 diskutiert. So ist bis zur vollständigen Inbetriebnahme von Stuttgart 21 weiterhin stark mit Bauarbeiten und Störungen zu rechnen.

Besonders der Viertelstundentakt auf den Linien S1, S2 und S3 konnte seit dem Frühjahr kaum angeboten werden. Vorrangiges Ziel ist es deshalb, die Stabilität des bestehenden Angebots zu sichern. Mit der Inbetriebnahme des Bahnsteigs 1a in Feuerbach konnte die S62 verlängert werden. Weitere Angebotsausweitungen hängen jedoch maßgeblich vom Baufortschritt bei Stuttgart 21, der Streckenverlängerung nach Neuhausen und der Entspannung des Baustellengeschehens ab.

UNVERMEIDLICHE EINSCHRÄNKUNGEN DURCH GROSSBAUSTELLEN

Auch nach dem Ende der Stammstreckensperrung bleibt das Jahr 2025 von erheblichen Bauarbeiten geprägt. Betroffen sind unter anderem die Murrbahn, die Stammstrecke und die Strecke nach Filderstadt. In den ersten drei Wochen des Dezembers ist die Strecke zwischen Bad Cannstatt und Waiblingen komplett gesperrt und durch Busse ersetzt.

In den Jahren 2026 und 2027 stehen weitere Sperrungen und betriebliche Einschränkungen an – etwa durch den Bau des Pfaffensteigtunnels, Brückenarbeiten und die stufenweise Inbetriebnahme von Stuttgart 21.

STUTTGART 21: SCHRITTWEISE INBETRIEBNAHME AB DEZEMBER 2026

Mit dem Fahrplanwechsel am 13. Dezember 2026 beginnt die Teilinbetriebnahme von Stuttgart 21: Der neue Durchgangsbahnhof, der Fildertunnel, die Neckarbrücken und weitere zentrale Infrastrukturelemente werden in Betrieb genommen. Im Laufe des Jahres 2027 folgen weitere Bauphasen, die teils erhebliche Auswirkungen auf den S-Bahn- und Regionalverkehr haben. Ab dem 13. November 2027 soll Stuttgart 21 – mit Ausnahme des Gäubahn-Anschlusses – vollständig in Betrieb gehen.

Unter <u>www.s-bahn-stuttgart.de/Betriebslage</u> finden Fahrgäste aktuelle Informationen zu Baustellen und Störungen und können sich per Newsletter linienscharf informieren lassen.



STIMMEN DER FRAKTIONEN

CDU/ÖDP

Elmar Steinbacher sprach angesichts der kommenden Belastungen im Bahnverkehr von einer "Liste der Zumutungen". Man sehe jetzt, was durch normale Baustellen und die Inbetriebnahme von Stuttgart 21 auf die Region zukomme. Zugleich sah er aber auch Chancen: "Durch die Digitalisierung können wir Kapazität und Stabilität gewinnen – und die S-Bahn am Ende wieder in einen guten Zustand mit Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit bringen." Der Weg dorthin werde hart, das sei bereits deutlich geworden. Wichtig sei, die Belastungen so zu gestalten, "dass sie noch erträglich sind". Man habe viele Maßnahmen ergriffen, um es im Sinne der Fahrgäste zu organisieren – etwa mit Ersatzverkehren und rechtzeitiger Kommunikation und das sollte weiterverfolgt werden. Besonders betroffen seien der Rems-Murr-Kreis und Bad Cannstatt. Der Fokus sollte jetzt darauf liegen der Raumschaft entgegenzukommen, forderte Steinbacher.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Philipp Buchholz sprach von einer "Baustellenkonferenz statt Fahrplankonferenz" und stellte fest: "Selten gibt es noch Tage, an denen die S-Bahn normal fährt." Zwar freue er sich auf die künftige Inbetriebnahme und darauf, "wenn der Fernwanderweg endlich weg ist." Das werde historisch doch auch die letzten 15 Jahre seien historisch gewesen – mit einem Rückblick auf den "Schwarzen Donnerstag". Recht hätten am Ende die gehabt, die früh vor Stuttgart 21 gewarnt hätten. "Die Aussagen der Bahn haben sich nicht bewahrheitet – weder damals noch in der jüngeren Vergangenheit", so Buchholz. Stuttgart 21 habe die S-Bahn massiv beeinträchtigt und ihrer Reputation über Jahre geschadet. Nötig seien nun ein leistungsfähiger Ersatzverkehr, Echtzeitinformationen, funktionierende Dienstpläne sowie eine bessere Abstimmung von Baustellen auf Straße und Schiene.

FREIE WÄHLER

Frank Buß zeigte sich pessimistisch: "Nichts ist so schlecht, dass es nicht etwas Gutes hätte – aber selbst als optimistischer Mensch fällt es mir schwer, hier etwas Positives zu sehen." Man stehe vor chaotischen Zeiten, so Buß, und es fehle an einer funktionierenden Gesamtkoordination des Baustellengeschehens in der Region. "Wir tun alles, was in unserer Macht steht, um die Interessen der Fahrgäste zu wahren – doch die Diskussionen der letzten Monate zeigen, wie ohnmächtig wir sind."

AFD

Uwe Mardas sprach von "sehr schwierigen Jahren", die der Region bevorstünden, mahnte jedoch: "Wir dürfen die Inbetriebnahme von Stuttgart 21 jetzt nicht weiter gefährden." Es brauche eine bessere Mikroplanung und klarere Kommunikation – auch gegenüber den politischen Gremien. Abschließend sagte er: "Ich drücke uns allen die Daumen, dass die Inbetriebnahme planmäßig gelingt."



SPD

"Wir müssen uns fragen, wie viel Fahrplan bei dieser Menge an Baustellen überhaupt noch fahrbar ist", so Michael Makurath. Auch nach der Inbetriebnahme von Stuttgart 21 werde nicht alles in Butter sein – "unser Blutdruck wird weiter steigen." Zuständig sei man vor allem für die S-Bahn und sollte versuchen, "das Gröbste von den Fahrgästen fernzuhalten."

FDP

"Ich bin zuversichtlich, dass wir am Ende des Tunnels einen funktionierenden ÖPNV haben." Der Weg dorthin werde jedoch ein "heftiges Tal der Tränen". Vieles lasse sich nicht beeinflussen, aber bei der Reduzierung der Beeinträchtigungen für die Fahrgäste sehe sie konkrete Handlungsmöglichkeiten. "Noch ist nicht alles gut – aber es wird besser", so Heise.

LINKE.

Philip Köngeter sagte, vom eigentlichen Fahrplan bleibe "nicht mehr viel übrig". Man gehe durch ein Tal der Tränen, "aber es sind keine Tränen mehr übrig". Derzeit könne man Menschen nur noch "ab 2028 guten Gewissens auf die Bahn verweisen".

SÖS. PIRAT

VERBAND REGION STUTTGART

Der Verband ist die politische Ebene der Region Stuttgart. Wer in der Regionalversammlung vertreten ist, entscheiden die Bürgerinnen und Bürger alle fünf Jahre bei der Regionalwahl. Der Verband arbeitet an einer vorausschauenden und nachhaltigen Entwicklung der Region Stuttgart. Zur Region gehören 179 Kommunen aus den Landkreisen Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg, dem Rems-Murr-Kreis und der Landeshauptstadt Stuttgart.